

INTEGRATIONSBUREAU
des EPD und EVD

Bern, den 10. Oktober 1974

774.100 - B/as

Herrn Direktor Jolles

Herrn Botschafter Languetin

Kopie: Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel
Schweiz. Delegation bei der EFTA, Genf
Bm, Bo, Bru, Kb, Lu, Pe, Sb, Na

Zukunft unserer Freihandels-
beziehungen mit der EWG

Bei Gelegenheit des Transportausschusses Schweiz/EGKS hatte ich ein längeres und sehr offenes Gespräch mit meinem Freund Slingerland (Ko-Sekretär des Gemischten Ausschusses) über die Zukunft unserer Freihandelsbeziehungen mit der EWG. Nachstehend die wichtigsten Informationen:

1. Gemischter Ausschuss: Die Traktandenliste der Sitzung vom 10. Dezember ist mager; persönlich hätte S. es vorgezogen, die Zusammenkunft zu verschieben, um die Institution nicht durch Routinesitzungen abzuwerten. Da sie nun dennoch stattfindet, sollte sie dazu dienen, das Jahr 1975 zu planen. Die Eingangserklärung Languetins im letzten Gemischten Ausschuss habe stark beeindruckt; es werde nach Möglichkeiten gesucht, die Konsultationsmechanismen auszubauen. Die m.E. recht zynische Feststellung Kergorlays, wonach Massnahmen gemäss Art. 28 keiner Konsultationen bedürften, wohl aber Massnahmen gemäss Art. 26 zur Bekämpfung sektorieller Schwierigkeiten, die von den ersten verursacht worden sind, sei ein blinder Alarm gewesen, insofern Kergorlay erwartet habe, die Schweiz wolle bei Käse Importrestriktionen einführen.

S. fragte dann, ob die Tatsache, dass Languetin eine Gesamtdarstellung der Beziehungen CH/EG innerhalb des Gemischten Ausschusses vorgebracht habe, bedeute, dass dieses Gremium zum übergeordneten Instrument der beidseitigen Zusammenarbeit werden solle. Er selber wäre einer solchen Interpretation gegenüber wohlwollend eingestellt, doch sei die diesbezügliche Meinung der Kommission noch nicht festgelegt.

S. bestätigte, dass die schweizerische Führungsstellung innerhalb der EFTA (Reihenfolge der Gemischten Ausschüsse) im Interesse der Kommission liege, doch könne sich diese nicht in diese EFTA-interne Angelegenheit mischen.

2. Protokoll Nr. 2: BRD, DK, GB und NL haben sich aktiv für den baldigen Einbezug von Kaffee, Kakao und Tabakwaren eingesetzt. F und I sind gegen den Einbezug der Tabakwaren, suchen aber eine Lösung für Hefe und Limonade. Sollte die Alkoholmarktordnung nächstens unter Dach gebracht werden, so ist mit dem Verhandlungsbeginn betreffend Erweiterung des Protokolls Nr. 2 Mitte des Jahres 1975 zu rechnen, wobei mit den Alkoholprodukten angefangen wird. Kommt die Marktordnung nicht zustande, dann wird der Link mit der Alkoholfrage zerbrochen. Jedenfalls sei aber mit einer langfristigen Verhandlung mit Zwischenergebnissen zu rechnen, so dass ein zeitweises Ungleichgewicht der Interessenlage nicht auszuschliessen sei... Anzustreben sei eine gleichgewichtige, wenn auch nicht in allen Punkten identische Lösung für alle EFTA-Staaten. In diesem Sinne liege eine Regelung für Pektin durchaus im Bereich des Möglichen, dies um so mehr als das Problem auch im Rahmen der Mittelmeerpolitik sowie gegenüber Portugal gelöst werde. Doch müsse noch mehr Klarheit über die verschiedenen Erzeugnisse, die unter dem Namen "Pektin" verkauft werden, gewonnen werden.

Zwei Mitgliedstaaten, F und NL, haben prinzipielle Vorbehalte gegen die Erweiterung des Protokolls Nr. 2 angemeldet, weil damit die Präferenzstellung der EL beeinträchtigt würde. Die DG I, und allen voran Wellenstein, bezeichne dies als ideologischen Unsinn, da die Interessen an den Nachbarstaaten wichtiger seien. Unter Umständen müsse indessen dennoch mit einer bloss 50% Zollreduktion gerechnet werden.

Ich habe mit den bekannten Argumenten für Zurückhaltung plädiert und darauf hingewiesen, dass für Pektin auch eine Lösung ausserhalb des Protokolls Nr. 2 gefunden werden könne.

3. Suppen und Saucen: Die Kommission ist nicht gewillt, uns entgegenzukommen.
4. Streichhölzer: Die Kommission war kürzlich damit beschäftigt, die Italiener zu einem Einlenken im Sinne Languetins zu bewegen, doch sei der Versuch mit dem Ausbruch der Regierungskrise unterbrochen worden.
5. Landwirtschaft: Die diesbezügliche Politik der Gemeinschaft werde im Verlauf des Jahres 1975 in Bewegung geraten; dies sei der Moment, auf der Basis von Art. 32 oder eher noch Art. 15, bilaterale Abkommen z.B. auf den Sektoren Rindfleisch, Reis, ev. Wein und (wenig wahrscheinlich) Zucker abzuschliessen; hierbei fiel das ominöse Wort der "Abnahmegarantie".

In Bezug auf den Wein müsse abgewartet werden, bis die gegenwärtige Schwemme absorbiert sei; alsdann sei zu untersuchen, welche Schweizer Weine nicht schon unter das Garantieabkommen fallen, um die Anwendung der Kompensationszahlungen (Differenz zwischen Weltmarktpreis und Referenzpreis) zu vermeiden (was uns angesichts unserer hohen Weinpreise natürlich nichts nützt). Eine Geste im Sinne einer Zollausssetzung erga omnes sei vorder-

hand völlig ausgeschlossen, ebenso die Kreierung einer auf die Schweiz zugeschnittenen Zollposition ("Wein, über 1000 m erzeugt von Winzern alpiner Rassen..."). Ich habe mit Hinweis auf das enorme Ungleichgewicht des Handelsverkehrs vorgeschlagen, eine Lösung nicht auf den Tafel-, sondern auf den Qualitätsweinen, bei denen keine Schwemme besteht, anzupeilen, was eine Anerkennung der schweizerischen Zeugnisse voraussetzen würde.

Was das Bündnerfleisch betrifft, so habe S. die von Glaser überreichte Probesendung an Lardinois weitergeleitet, der damit auf annehmliche Weise auf den Sonderfall des getrockneten Rindfleisches aufmerksam gemacht worden sei. Es sei zu erwarten, dass das Bündnerfleisch anlässlich der ersten Lockerung des Rindfleischbeschlusses berücksichtigt werde.

6. Art. 32: Vom Gebrauch der Entwicklungsklausel will die Kommission zur Zeit noch nichts wissen, während die Mitgliedstaaten nicht wissen, was sie wollen. Doch seien die diesbezüglichen Auffassungen nicht sehr fundiert, weshalb S. glaubt, dass ein motivierter schweizerischer Vorstoss zur Inanspruchnahme des Art. 32 Erfolgchancen haben könnte. Goodchild sei in dieser Beziehung zurückhaltend, Kergorlay pragmatisch-undogmatisch, Wellenstein unterstreiche mit steigender Labilität der weltpolitischen Lage mehr und mehr die Bedeutung engerer Beziehungen mit den Nachbarstaaten, dies in folgender Abstufung: 1. Schweiz-Oesterreich (als eine unter sich koordinierte Gruppe, wobei der Schweiz eindeutig Priorität zugebilligt werde), 2. Schweden (schon peripherer als die Schweiz; wegen seiner nordischen Bindungen etwas verdächtig, aber auch nützlich), 3. Finnland, Island, Portugal. Angesichts dieser Einschätzung der Lage durch Wellenstein sei durchaus möglich, dass dieser den Gebrauch des Art. 32 sogar leicht forcieren würde.
7. Allgemein kam zum Ausdruck, die Gemeinschaft habe sich mit ihren Assoziationen und Freihandelsabkommen vielfach mit unzuverlässigen Partnern (Griechenland, Portugal) eingelassen und laufe die Gefahr einer kostspieligen Verzettelung (ACP), wozu sich die missliche Lage zweier Mitgliedstaaten geselle. In gewissen Kommissionskreisen sehne man sich insgeheim nach einem soliden Kleineuropa zurück, bestehend aus drei Blöcken, nämlich: BRD, F, BENELUX/DK. Diese Konstellation sei vielleicht näher als man glaube (britisch-irischer Austritt nach Neuverhandlung, italienischer Austritt nach kommunistischer Machtübernahme). Solch ein Europa hätte an einem Beitritt der Schweiz ein grosses Interesse und wäre, da innerlich gestärkt, auch eher in der Lage, gewisse politische Zugeständnisse zu machen... Ob auch Wellenstein an derartigen Spekulationen teilhat, konnte nicht ausgemacht werden; sicher aber ist, dass er in der gegenwärtigen Lage an einer Stärkung der Beziehungen CH/EG eindeutig interessiert ist.

- 4 -

8. S. möchte anlässlich meines nächsten Besuches in Brüssel einige der genannten Probleme informell mit mir besprechen, u.a. Funktion des Gemischten Ausschusses, Art. 32, Landwirtschaft, Protokoll Nr. 2, was ich nicht ohne Ihre vorgängige Instruierung unternehmen möchte.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD

(Franz Blankart)